INSTITUT FÜR DEMOSKOPIE ALLENSBACH

Lähmender Betreuungsstaat

Eine Dokumentation des Beitrags

von Prof. Dr. Renate Köcher

in der Frankfurter Allgemeinen Zeitung

Nr. 168 vom 23. Juli 2026

I N H A L T

Tabellenübersicht

Originalmanuskript

Untersuchungsdaten

Anhangtabellen

Schaubilder

Veröffentlichung in der Frankfurter Allgemeinen
Zeitung Nr. 168 vom 23. Juli 2026, S. 8,
unter dem Titel:

"Reguliert der Staat zu viel? Viele Deutsche meinen, es werde zu sehr in die persönliche Freiheit eingegriffen. Selbst fühlen sich die meisten aber nicht betroffen."

T A B E L L E N Ü B E R S I C H T

Tabelle	A	1	Mehrheit setzt auf Staat mit vielen persönlichen Freiräumen
	A	2	Dynamik und wirtschaftlicher Erfolg entstehen eher in einem Staat mit großen Freiräumen
	A	3	Soziale Gerechtigkeit
	A	4	Wichtig für den Wirtschaftsstandort
	A	5	Mehr Staatsbedienstete schaden eher
	A	6	Breite Zustimmung für staatliche Maßnahmen, von denen viele profitieren
	A	7	Ausgeprägtes Freiheitsgefühl
	A	8	Entscheidungsfreiheit in vielen Bereichen
	A	9	Wo wird eine staatliche Regulierung befürwortet?
	B	1	Zweitstimmen-Wahlabsicht (Sonntagsfrage)
Schaubild		1	Ausgreifender Staat
		2	Zuviel Eingriffe
		3	Ausrichtung auf Regulierung
		4	Bürokratietreiber
		5	Selbstkritik

O r i g i n a l m a n u s k r i p t

Prof. Dr. Renate Köcher

Institut für Demoskopie Allensbach

Lähmender Betreuungsstaat

Vor gut 50 Jahren warnte der Soziologe Helmut Schelsky in seinem berühmten Vortrag über den selbständigen und den betreuten Menschen „Der Wohlfahrtsstaat als Schutz der sozial Schwachen wird unversehens sehr bald zum planstaatlich-bürokratischen Vormundschaftsstaat und bleibt es“. Er war überzeugt, dass die staatlich organisierte Solidarität in eine Herrschaft der Betreuer umschlägt, in unterschiedlichster Form, sei es als Wohlfahrts- oder Erziehungsdiktatur, als Funktionärsherrschaft oder Meinungsmanipulation. Dabei ging es Schelsky nicht um eine grundsätzliche Attacke auf den Sozialstaat, sondern um die Sorge, dass die Organisation von Schutzansprüchen durch den Staat eine Eigendynamik entfaltet, bei der die Zuständigkeit des Staates mit den besten Absichten immer mehr ausgeweitet und zu wenig gegen individuelle Freiheit und Verantwortung abgewogen wird.

Die Mehrheit der Bevölkerung hält die individuelle Freiheit für das überlegene Gut,

wenn sie im Konflikt mit Bemühungen steht, dem Ziel soziale Gerechtigkeit möglichst nahe zu kommen. Die Ausrichtung der Politik wird anders wahrgenommen, mit gutem Grund. Die steigende Staatsquote, die Höhe der Sozialausgaben, die den Spielraum für Investitionen verknappt, der Aufbau von Arbeitsplätzen im staatlichen Bereich, die wuchernde Regulierung und Bürokratie, die das Land immer mehr lähmen, die Abläufe verlangsamen und unternehmerische Initiative und Wachstum bremsen – all das verunsichert die Bürger und lässt sie zweifeln, dass Deutschland seine Herausforderungen bewältigen wird.

Die große Mehrheit geht mittlerweile davon aus, dass die staatliche Regulierung kontinuierlich zunimmt. Vor einem Jahrzehnt hatte knapp die Hälfte der Bürger den Eindruck, dass der Staat immer stärker in die persönliche Freiheit der Bürger eingreift und immer mehr regelt, heute bereits 65 Prozent. Staatliche Regulierung wird nicht generell kritisch gesehen, aber die meisten sind mittlerweile überzeugt, dass das vernünftige Maß überschritten ist und zu viel reguliert wird. Auch diese Bilanz ist über die letzten Jahre kritischer geworden.

Schaubild 1

Schaubild 2

Schelsky hielt es damals für eine der wichtigsten politischen Grundsatzentscheidungen, „ob der selbständige Mensch oder der betreute Mensch zum Ziel der

staatlichen, wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Ordnungspolitik gemacht wird“. Die heutige Ausrichtung der Politik wird von der großen Mehrheit so wahrgenommen, dass sie sich nicht an dem Leitbild des selbständigen Menschen orientiert. 67 Prozent nehmen die politische Grundlinie als Bemühung um möglichst viel Regulierung wahr; nur 11 Prozent haben den Eindruck, dass es vor allem darum geht, Selbständigkeit und Freiräume zu wahren und zu fördern.

Schaubild 3

Die Präferenzen der Bürger sind andere. Nur 12 Prozent ziehen einen Staat, der viel regelt und Vorgaben macht, grundsätzlich einem Staat vor, der auf möglichst viel Eigenverantwortung und individuelle Spielräume setzt. Die Mehrheit ist überzeugt, dass ein Staat, der auf Eigenverantwortung und Freiräume setzt, dynamischer und reformfähiger ist, auch wirtschaftlich erfolgreicher. 55 Prozent trauen wirtschaftlichen Erfolg eher einem Staat zu, der sich bei der Regulierung zurückhält, nur 15 Prozent einem Staat, der darauf setzt, möglichst viel zu regeln.

Tabelle A 1

Tabelle A 2

Anders ist dies in Bezug auf die Verwirklichung von sozialer Gerechtigkeit: Auch hier traut zwar eine relative Mehrheit dem Staat, der auf möglichst wenig Regulierung setzt, mehr zu, aber nur knapp: 37 Prozent vertreten diese Position, während 33 Prozent überzeugt sind, dass möglichst viel staatliche Eingriffe eher soziale Gerechtigkeit befördern.

Tabelle A 3

Eindeutiger ist für die Bevölkerung der Zusammenhang zwischen Regulierung und Bürokratie. Die Mehrheit ist überzeugt, dass die staatliche Ausrichtung auf möglichst viel Regulierung eine der Hauptursachen der überbordenden Bürokratie ist – und die meisten haben auch keine Hoffnung, dass sich daran etwas ändert. 77 Prozent gehen davon aus, dass immer neue Vorgaben dazukommen und kaum etwas reduziert wird; 71 Prozent vermissen die Courage, Bürokratie ernsthaft zu Leibe zu rücken; zwei Drittel unterstellen der staatlichen Verwaltung, dass sie überhaupt kein Interesse hat, Bürokratie abzubauen. Auch die Vorgaben der europäischen Ebene und die zumindest bisher ausgeprägte deutsche Neigung, diese Vorgaben über zu erfüllen, gelten als Bürokratietreiber wie auch unklare Zuständigkeiten der verschiedenen politischen Ebenen. Aber auch Verbände und die unterschiedlichsten Lobbygruppen, die auf die Durchsetzung ihrer Interessen pochen, gelten als mitverantwortlich für die überbordende Bürokratie. Dagegen lässt die große Mehrheit nicht gelten, was oft als Begründung für Regulierung und bürokratische Verfahren angeführt wird: dass sie vor allem von Schutzinteressen der Bevölkerung, der Eindämmung von Risiken und dem Streben nach Gerechtigkeit angetrieben wird. Die Einschätzung der Bürger zeigt einen ausgeprägten Pessimismus, ob es tatsächlich zum Abbau von Regulierung und Bürokratie kommen wird – aus Mangel an Konsequenz

Schaubild 4

und Mut, aufgrund von Widerständen in der Verwaltung und nicht zuletzt der aktiven europäischen Bürokratisierungsindustrie, die der nationalen Kontrolle weitgehend entzogen ist.

Gleichzeitig sieht die überwältigende Mehrheit den Abbau von Bürokratie, die Modernisierung der Verwaltung und die Beschleunigung von Genehmigungsverfahren als wichtige Voraussetzungen für die Stärkung des Standortes und die Belebung der Wirtschaft. Das Anwachsen des staatlichen Sektors wird als schädlich für die Wirtschaft und das ganze Land angesehen. So ist die überwältigende Mehrheit überzeugt, dass die wachsende Anzahl der Beschäftigten im öffentlichen Dienst der Wirtschaft schadet; lediglich 5 Prozent glauben, dass diese Entwicklung das Land voranbringt.

Tabelle A 4

Tabelle A 5

Der Mehrheit sind die problematischen Folgen von Regulierung, steigender Staatsquote und wachsendem staatlichen Sektor durchaus bewusst. Allerdings nimmt die Politik auch völlig andere Signale aus der Bevölkerung wahr und geht nach wie vor davon aus, dass sie an Zustimmung gewinnt, wenn sie ihren Verantwortungsbereich immer weiter ausdehnt. Auch die Krisen der vergangenen Jahre haben dazu beigetragen, dass die Politik zunehmend versucht, die Bevölkerung gegen alle Arten von Risiken zu schützen oder zumindest deren Folgen zu kompensieren, seien es

Beschäftigungsrisiken während der Pandemie, steigende Lebenshaltungskosten durch Inflation, Verteuerungen von Energie wie nach Ausbruch des Irankrieges oder auch die Folgen des Strukturwandels in der Wirtschaft und die Verschärfung des internationalen Wettbewerbs. Die Bemühungen der Politik finden hier breite Zustimmung wie auch allgemein Maßnahmen, die vielen nutzen. So wurde die Rente mit 63, die die Rentenkassen erheblich belastet, mit breiter Zustimmung wieder eingeführt, auch wenn es keineswegs von Seiten der Bevölkerung die Erwartung oder gar Druck gab, dies zu tun. Und obwohl der überwältigenden Mehrheit die kritische Lage der Staatsfinanzen bewusst ist, finden Sparmaßnahmen nur begrenzt Unterstützung und primär, wenn sie andere betreffen. Auch Projekte, die zu Mindereinnahmen oder höheren Ausgaben führen, wie die Steuerbefreiung von Überstundenzuschlägen, die Einführung der Frühstartrente oder die Erhöhung der Mütterrente, wurden von breiten Mehrheiten zwischen 65 und 80 Prozent unterstützt.

Tabelle A 6

So sehr die meisten überzeugt sind, dass der Staat immer mehr eingreift und damit individuelle Freiheitsspielräume, wirtschaftliche Erfolgschancen und die politische und gesellschaftliche Anpassungsfähigkeit vermindert, so verführerisch sind die staatlichen Absicherungsangebote und Versprechen. Auch

fühlen sich die meisten persönlich durch den Staat nicht gravierend in ihrer Freiheit beschränkt, obwohl die Mehrheit den Vorwurf erhebt, dass er mittlerweile zu stark in das individuelle Leben eingreift. Anhand einer 11-stufigen Skala von 0 (vollkommen unfrei) bis 10 (vollkommen frei) nach dem subjektiven Freiheitsgefühl befragt, wählen zwei Drittel hohe Skalenstufen zwischen 7 und 10, nur 7 Prozent niedrige zwischen 0 und 4. Die überwältigende Mehrheit fühlt sich bei vielen Entscheidungen frei, ob in Bezug auf politische Präferenzen und Wahlen, Mobilität, die Entscheidung über den Wohnort, die Altersvorsorge oder die Absicherung für den Krankheitsfall. Gerade das letzte Beispiel zeigt, dass die Einengung von Freiheitsspielräumen teilweise oft nicht so empfunden wird: Die Absicherung für den Krankheitsfall wie die Alterssicherung gehören zu den weitgehend regulierten Bereichen, wenn auch mit begrenzten individuellen Spielräumen. Auch in Bezug auf die Absicherung gegen Arbeitslosigkeit fühlt sich gut jeder Zweite frei. Das gilt weniger für die tägliche Arbeitszeit und vor allem für die Lebensarbeitszeit. Ersteres wird nicht nur von staatlichen Vorgaben, sondern auch von betrieblichen Erfordernissen und Tarifverträgen eingeschränkt; dabei ist bemerkenswert, dass die aktuelle Auseinandersetzung um eine Flexibilisierung der Tages- und Wochenarbeitszeit an den Präferenzen der meisten Erwerbstätigen vorbeigeht: Die Ablösung des 8-Stunden-Tags

Tabelle A 7

Tabelle A 8

wird von der Mehrheit keineswegs als gegen ihre Interessen gerichtet bewertet – ein Beispiel dafür, dass Interessenvertretungen teilweise die Rolle des erzieherischen Betreuers wahrnehmen, die Schelsky so gefürchtet hat, und selbst definieren, was dem Schutz der von ihnen Vertretenen dient.

In Bezug auf die Lebensarbeitszeit wünscht sich die große Mehrheit generell weniger Regulierung und mehr optionale Lösungen. Nur 20 Prozent halten eine umfassende Regulierung der Lebensarbeitszeit für richtig, 26 Prozent die der Altersvorsorge oder auch die der Nutzung sozialer Medien, während Daten- und Verbraucherschutz, die Regulierung der Schulpflicht und teilweise auch von Berufsabschlüssen als sinnvolle und wichtige Felder staatlicher Regulierung gesehen werden. Am wenigsten gilt dies für Bereiche, in denen staatliche Interventionen in den letzten Jahren für erhebliche Verunsicherung gesorgt haben, wie die Heizungspolitik und planwirtschaftliche Vorgaben für die Mobilitätsentwicklung: Nur 10 Prozent finden eine staatliche Regulierung im Heizungssektor gut, 9 Prozent in Bezug auf Vorgaben für Antriebstechnologien. Es sind weniger die Ziele, die in der Diskussion stehen, als die politische Umsetzung.

Tabelle A 9

Insgesamt geht die zunehmende Kritik, dass der Staat immer mehr ausgreift, jedoch nicht in erster Linie auf das Empfinden zurück, dass

eigene Freiheitsspielräume gravierend eingeschränkt werden; so fühlen sich auch heute annähernd 80 Prozent der Bevölkerung frei, über die Antriebsart ihres Pkws zu entscheiden. Es ist vielmehr die Wahrnehmung, dass das Land insgesamt zurückfällt, schwerfällig geworden ist und sich durch die zunehmende Regulierung Zukunftschancen verbaut. Auch die Reformdebatten, die zuletzt an Fahrt aufgenommen haben, verändern das Bewusstsein. Immer mehr Bürger sehen großen Reformbedarf, immer weniger halten es für richtig, den Sozialstaat noch weiter auszubauen. Selbstkritisch ist die Mehrheit mittlerweile überzeugt, dass „wir uns in den letzten Jahren zu sehr darauf verlassen haben, dass der Staat sich um alles kümmert und uns unterstützt. Wir müssen wieder stärker Eigenverantwortung übernehmen“. Dies ist nur ein Anfang. Es würde sich jedoch lohnen, über Reformen nicht nur in Form von (materiellen) Opfern zu diskutieren, sondern ganz grundsätzlich auch über die Rolle des Staates in einer Bürgergesellschaft und seine Orientierung am Leitbild des selbständigen oder des betreuten Menschen.

Tabelle A 8

Schaubild 5

U N T E R S U C H U N G S D A T E N

Befragter Personenkreis:	Deutsche Wohnbevölkerung ab 16 Jahre in der Bundesrepublik Deutschland
Anzahl der Befragten:	1040
Befragungszeitraum:	3.07. bis 16.07.2026
Methode:	Repräsentative Quotenauswahl
Art der Interviews:	Mündlich-persönliche Interviews (face-to-face)

Anhangtabellen

Tabelle A 1
Bundesrepublik Deutschland
Bevölkerung ab 16 Jahre

Mehrheit setzt auf Staat mit vielen persönlichen Freiräumen

FRAGE: "Einmal ganz allgemein gefragt: Welchen Staat finden Sie besser: einen Staat, in dem für die Bürger möglichst viel geregelt wird, oder einen Staat, in dem die Bürger möglichst viel selbst regeln, viele Freiräume haben?"

	Bevölkerung insgesamt
	%
Staat regelt viel	12
Bürger haben viel Freiräume	64
Unentschieden	24
	100

QUELLE: Allensbacher Archiv, IfD-Umfrage 13021, Juli 2026

Dynamik und wirtschaftlicher Erfolg entstehen eher in einem Staat mit großen Freiräumen

Tabelle A 2
Bundesrepublik Deutschland
Bevölkerung ab 16 Jahre

FRAGE: "Und was glauben Sie: Welcher Staat ist dynamischer, kann besser mit Herausforderungen umgehen und sich auf Veränderungen einstellen? Ein Staat, in dem für die Bürger möglichst viel geregelt wird, oder ein Staat, in dem die Bürger möglichst viel selbst regeln, viele Freiräume haben?"

	Bevölkerung insgesamt
	%
Staat regelt viel	17
Bürger haben viele Freiräume	56
Unentschieden	27
	100

FRAGE: "Welcher Staat ist Ihrer Meinung nach wirtschaftlich erfolgreicher?"

	Bevölkerung insgesamt
	%
Staat regelt viel	15
Bürger haben viele Freiräume	55
Unentschieden	30
	100

QUELLE: Allensbacher Archiv, IfD-Umfrage 13021, Juli 2026

Soziale Gerechtigkeit

Tabelle A 3
Bundesrepublik Deutschland
Bevölkerung ab 16 Jahre

FRAGE: "In welchem Staat gibt es mehr soziale Gerechtigkeit?“

	Bevölkerung insgesamt
	%
Staat regelt viel	33
Bürger haben viele Freiräume	37
Unentschieden	30
	100

QUELLE: Allensbacher Archiv, IfD-Umfrage 13021, Juli 2026

Wichtig für den Wirtschaftsstandort

Tabelle A 4
Bundesrepublik Deutschland
Bevölkerung ab 16 Jahre

FRAGE: "Was halten Sie für besonders wichtig, um den Wirtschaftsstandort Deutschland zu stärken? Bitte sagen Sie es mir nach dieser Liste."

	Bevölkerung insgesamt %
Bürokratie abbauen	82
Genehmigungsverfahren beschleunigen	78
Die Verwaltung modernisieren	67
Die Unternehmen bei den Energiekosten entlasten	67
Forschung und Innovationen fördern	66
Für solide Staatsfinanzen sorgen	65
Die Infrastruktur sanieren und ausbauen	65
Die Digitalisierung vorantreiben	63
Die Steuern für Unternehmen senken	48
Anreize dafür schaffen, dass ältere Berufstätige später in Rente gehen	41
Die Zuwanderung von Arbeitskräften erleichtern	39
Die Auflagen für Klima- und Umweltschutz lockern	38
Dass mehr Rentner noch nebenher arbeiten, etwas hinzuverdienen	25
Dass mehr Teilzeitbeschäftigte auf Vollzeit aufstocken	23
Die Wochenarbeitszeiten erhöhen	13
Das Renteneintrittsalter erhöhen	12
Dass es keine starken Lohn- und Gehaltssteigerungen gibt	12
Nichts davon	1

QUELLE: Allensbacher Archiv, IfD-Umfrage 13021, Juli 2026

Mehr Staatsbedienstete schaden eher

Tabelle A 5
Bundesrepublik Deutschland
Bevölkerung ab 16 Jahre

FRAGE: "Die Anzahl der Beschäftigten im Staatsdienst ist in den letzten Jahren deutlich gestiegen. Glauben Sie, das bringt Deutschland voran, oder schadet das Deutschland eher, oder weder noch?“

	Bevölkerung insgesamt
	%
Bringt Deutschland voran	5
Schadet Deutschland	62
Weder noch, unentschieden	33
	100

QUELLE: Allensbacher Archiv, IfD-Umfrage 13021, Juli 2026

Breite Zustimmung für staatliche Maßnahmen,
von denen viele profitieren

Tabelle A 6
Bundesrepublik Deutschland
Bevölkerung ab 16 Jahre

FRAGE: "Berufstätige, die 45 Jahre lang in die Rentenkasse eingezahlt haben, sollten in Zukunft schon mit 63 in Rente gehen können, ohne dass ihre Rente sinkt. Finden Sie diese Rente mit 63 eine gute oder keine gute Sache?“

	Bevölkerung insgesamt %
Gute Sache	74
Keine gute Sache	14
Unentschieden	12
	100

FRAGE: "Was davon halten Sie für eine gute Maßnahme, und was halten Sie für keine gute Maßnahme?

Gute Maßnahme	Bevölkerung insgesamt %
Einführung einer „Aktivrente“	85
Stärkere Sanktionen beim Bürgergeld	85
Geflüchtete aus der Ukraine bekommen kein Bürgergeld mehr	81
Erhöhung der Mütterrente	80
Steuerfreiheit auf Überstundenzuschläge	78
Einführung einer „Frühstartrente“	65
Festschreibung des bisherigen Rentenniveaus bis mindestens 2031	63
Erhöhung der Rentenbeiträge	24

QUELLE: Allensbacher Archiv, IfD-Umfragen 11019, 13009

Ausgeprägtes Freiheitsgefühl

Tabelle A 7
Bundesrepublik Deutschland
Bevölkerung ab 16 Jahre

FRAGE: "Wie empfinden Sie Ihr gegenwärtiges Leben, fühlen Sie sich frei oder unfrei? Sagen Sie es mir bitte nach der Leiter. Zehn würde bedeuten, Sie haben das Gefühl, in Ihrem gegenwärtigen Leben ein ganz freier Mensch zu sein, null würde bedeuten, Sie haben das Gefühl, vollkommen unfrei zu sein. Welche Stufe zwischen null und zehn wählen Sie?“

	Bevölkerung insgesamt %	
0 (vollkommen unfrei)	x	7
1	x	
2	x	
3	3	
4	4	
5	12	
6	14	
7	18	66
8	26	
9	16	
10 (vollkommen frei)	7	
Im Durchschnitt	*7*	
Keine Angabe	1	

QUELLE: Allensbacher Archiv, IfD-Umfrage 13021, Juli 2026

Entscheidungsfreiheit in vielen Bereichen

Tabelle A 8
Bundesrepublik Deutschland
Bevölkerung ab 16 Jahre

FRAGE: "Wo, in welchen Bereichen haben Sie das Gefühl, dass Sie frei entscheiden können, und wo haben Sie das Gefühl, nicht frei entscheiden zu können?"

Hier kann ich mich frei entscheiden -	Bevölkerung insgesamt %
wie gesundheitsbewusst ich lebe	93
wen ich wähle	93
welche Versicherungen ich abschließe	88
wo ich lebe	86
mit welchem Verkehrsmittel ich mich im Alltag fortbewege	84
welche Antriebsart mein Auto hat, also Verbrenner- oder Elektroauto	78
wie ich für mein Alter vorsorge	73
ob und wogegen ich mich impfen lasse	73
wie ich mich für den Krankheitsfall absichere	68
wie und ob ich mich politisch äußere	67
wie ich meine Arbeitszeit gestalte, also ob ich Vollzeit, Teilzeit oder stundenweise arbeite	52
wie viele Stunden am Tag ich arbeite	49
wie ich mich gegen Arbeitslosigkeit absichere	49
wie ich heize	49
bis zu welchem Alter ich arbeite	30

QUELLE: Allensbacher Archiv, IfD-Umfrage 13021, Juli 2026

Wo wird eine staatliche Regulierung befürwortet?

Tabelle A 9
Bundesrepublik Deutschland
Bevölkerung ab 16 Jahre

FRAGE: "Wo, in welchen Bereichen finden Sie es gut, dass der Staat da Vorgaben macht und vieles reguliert?"

	Bevölkerung insgesamt
	%
Bei der Schulpflicht	80
Beim Verbraucherschutz	71
Beim Datenschutz	60
Bei der Gesundheitsversorgung, also z.B. wo Ärzte und Krankenhäuser angesiedelt sind	47
Bei Berufsabschlüssen	45
Bei Klimaschutzanforderungen	42
Bei der Förderung von Gleichberechtigung, z.B. bei der Frauenquote	39
Bei der Nutzung von Sozialen Medien	26
Bei der Altersvorsorge	26
Bei Werbung	22
Bei der Lebensarbeitszeit, dem Renteneintrittsalter	20
Bei bestimmten Versicherungen	20
Beim Heizen	10
Bei der Antriebsart von Autos	9
Bei nichts davon	5

QUELLE: Allensbacher Achiv, IfD-Umfrage 13021, Juli 2026

Zweitstimmen-Wahlabsicht Gesamtdeutschland – Allensbacher Berichterstattung für die Frankfurter Allgemeine Zeitung

Tabelle B 1
Gesamtdeutschland
Wahlberechtigte Bevölkerung
mit konkreter Parteiangabe

Zweitstimmen

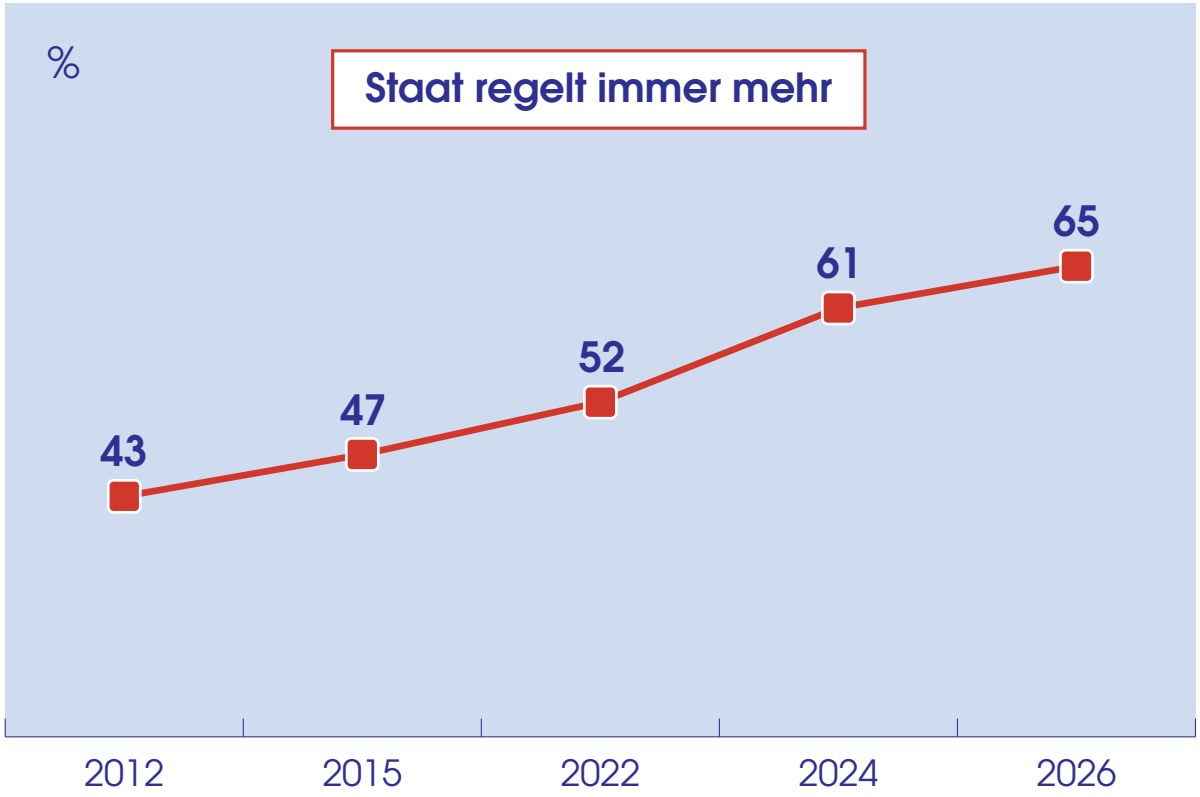
		Gesamtdeutschland								
		CDU/ CSU %	FDP %	SPD %	Bü.90/ GRÜNE %	DIE LINKE %	AfD %	Freie Wähler %	BSW %	Sons- tige %
2016:	**Jahresdurchschnitt**	**34,0**	**7,5**	**23,0**	**11,0**	**9,0**	**11,0**	**-**	**-**	**4,5**
2017:	**Jahresdurchschnitt**	**36,0**	**9,0**	**25,0**	**8,5**	**8,5**	**9,0**	**-**	**-**	**4,0**
2018:	**Jahresdurchschnitt**	**31,5**	**9,5**	**19,0**	**13,0**	**9,5**	**13,5**	**-**	**-**	**4,0**
2019:	**Jahresdurchschnitt**	**30,0**	**7,5**	**16,0**	**20,5**	**8,0**	**13,0**	**-**	**-**	**5,0**
2020:	**Jahresdurchschnitt**	**35,5**	**6,5**	**16,0**	**20,0**	**7,5**	**10,0**	**-**	**-**	**4,5**
2021:	**Jahresdurchschnitt**	**28,5**	**10,5**	**20,0**	**19,0**	**6,5**	**10,0**	**-**	**-**	**5,5**
Bundestagswahl 26.09.2021		24,1	11,5	25,7	14,8	4,9	10,3	-	-	8,7
2022:	**Jahresdurchschnitt**	**28,0**	**8,5**	**23,0**	**18,5**	**5,0**	**11,0**	**-**	**-**	**6,0**
2023:	**Jahresdurchschnitt**	**31,0**	**7,0**	**19,0**	**15,0**	**4,0**	**17,0**	**1,0**	**-**	**6,0**
2024:	**Jahresdurchschnitt**	**34,0**	**5,0**	**16,0**	**12,0**	**2,0**	**16,5**	**0,5**	**7,0**	**7,0**
Bundestagswahl 23.02.2025		28,5	4,3	16,4	11,6	8,8	20,8	1,5	5,0	3,1
	4. - 16. Juli	29,0	4,0	15,0	12,0	9,0	23,0	-	3,5	4,5
	1. - 14. August	28,0	4,0	16,0	11,0	10,0	22,5	-	4,0	4,5
	5. - 17. September	27,0	4,0	15,0	11,0	11,0	24,0	-	3,0	5,0
	26. Sept. - 10. Okt.	26,0	3,0	15,0	11,0	11,0	25,0	-	4,0	5,0
	23. Okt. - 6. Nov.	27,0	3,5	15,5	11,0	10,0	24,0	-	4,0	5,0
	22. Nov. - 4. Dez.	27,0	4,5	14,0	12,5	9,0	25,0	-	3,0	5,0
	Jahresdurchschnitt	**29,0**	**4,0**	**15,5**	**11,5**	**8,5**	**22,5**	**-**	**4,0**	**5,0**
2026:	6. - 19. Januar	27,0	3,5	15,0	11,5	10,0	25,0	-	-	8,0
	6. - 19. Februar	27,0	4,0	16,0	12,0	10,0	24,0	-	-	7,0
	27. Feb. - 12. März	28,0	4,0	16,0	11,5	10,0	23,0	-	-	7,5
	23. März - 9. April	26,0	4,0	14,0	13,0	10,0	25,0	-	-	8,0
	18. bis 30. April	25,0	4,5	12,5	14,0	10,0	26,0	-	-	8,0
	22.Mai - 5.Juni	24,0	5,0	13,5	13,0	9,5	27,0	-	-	8,0
	5. - 17. Juni	24,0	5,5	12,5	13,0	10,0	28,0	-	-	7,0
	3. - 16. Juli	24,0	5,5	13,0	13,0	10,0	26,5	-	-	8,0

Befragt wurden in der aktuellen Umfrage persönlich-mündlich insgesamt 1.040 Personen.
Bei dieser Stichprobengröße beträgt die Fehlerspanne bei einem Anteilswert
von 30 Prozent rund +/- 3 Prozentpunkte und bei einem Anteilswert von
10 Prozent rund +/- 2 Prozentpunkte.
QUELLE: Frankfurter Allgemeine Zeitung, Institut für Demoskopie, zuletzt IfD-Umfrage 13021

S c h a u b i l d e r

Ausgreifender Staat

Frage: "Wenn Sie einmal an die letzten Jahre denken: Haben Sie den Eindruck, dass der Staat immer mehr regelt, immer stärker in die persönliche Freiheit der Bürger eingreift, oder haben Sie nicht diesen Eindruck?"

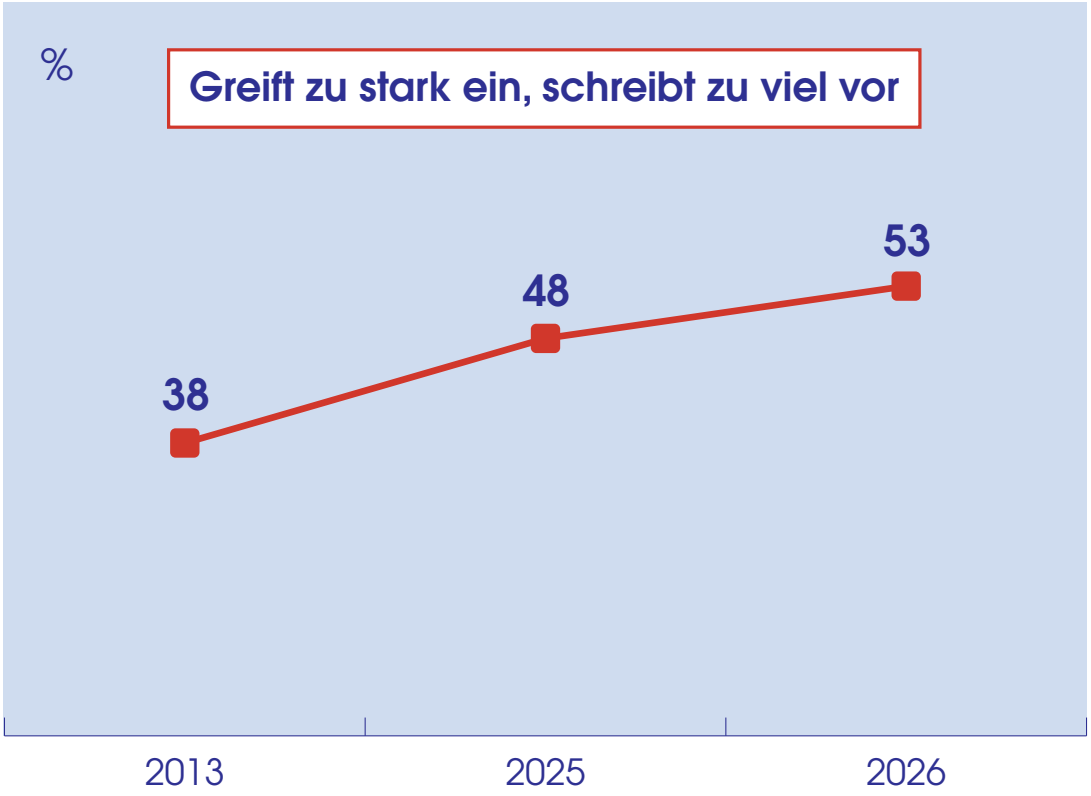


Basis: Bundesrepublik Deutschland, Bevölkerung ab 16 Jahre
Quelle: Allensbacher Archiv, IfD-Umfragen, zuletzt 13021

© IfD-Allensbach

Zu viel Eingriffe

Frage: "Würden Sie sagen, dass der Staat bei uns zu stark in das Leben der Bürger eingreift, ihnen zu viel vorschreibt, oder würden Sie das nicht sagen?"

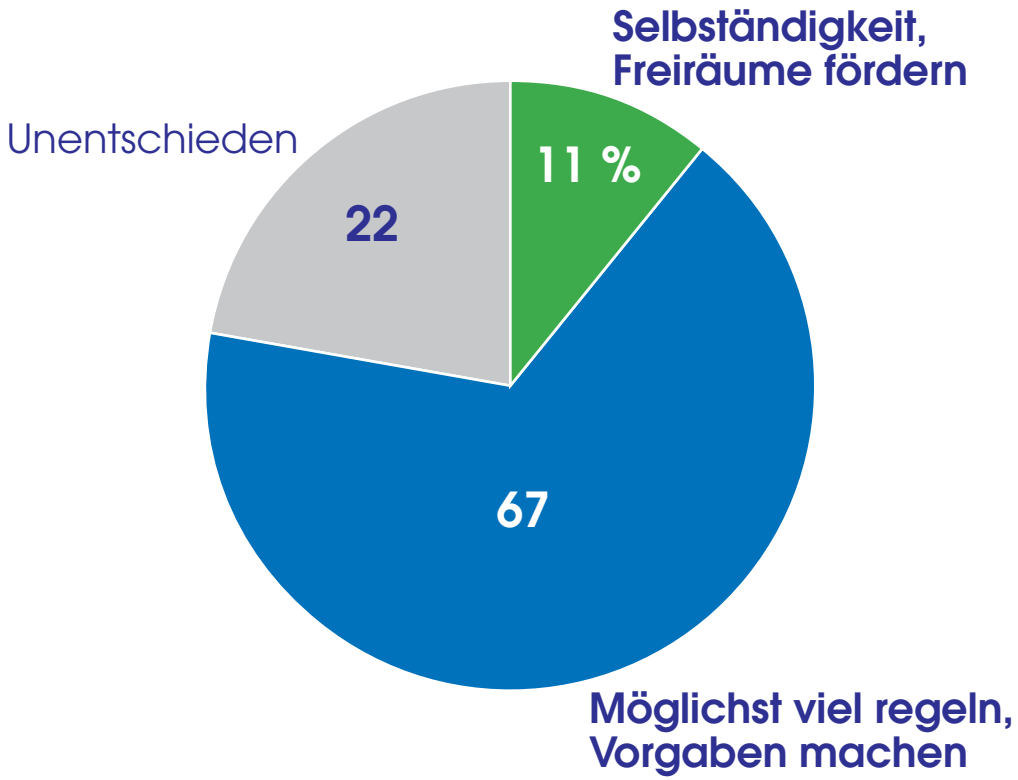


Basis: Bundesrepublik Deutschland, Bevölkerung ab 16 Jahre
Quelle: Allensbacher Archiv, IfD-Umfragen 11018, 13012, 13021

© IfD-Allensbach

Ausrichtung auf Regulierung

Frage: "Wie ist Ihr Eindruck: Ist die Politik in Deutschland eher darauf ausgerichtet, Selbständigkeit und Freiräume der Bürger zu fördern, oder eher darauf ausgerichtet, möglichst viel zu regeln und Vorgaben zu machen?"

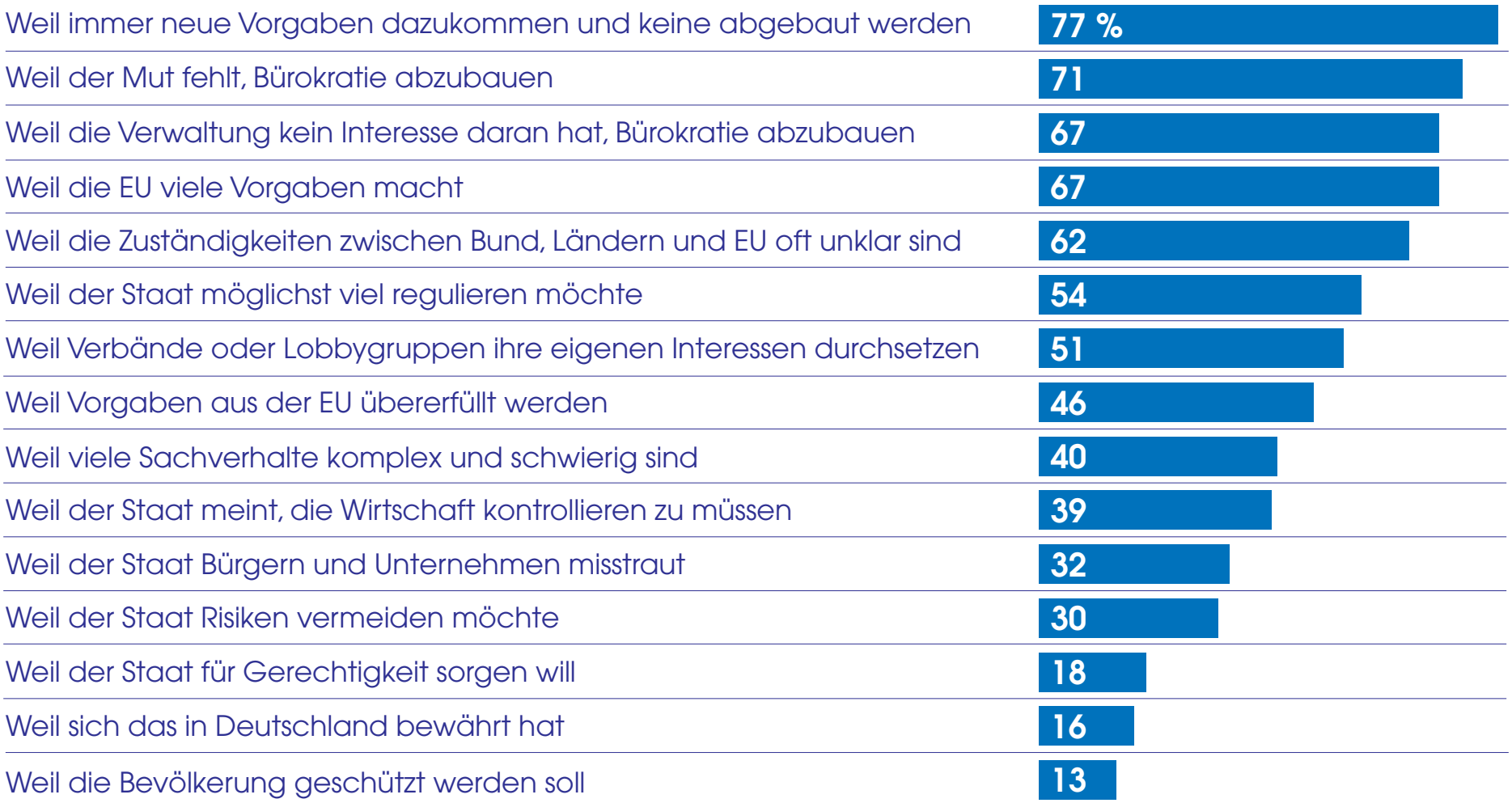


Basis: Bundesrepublik Deutschland, Bevölkerung ab 16 Jahre
Quelle: Allensbacher Archiv, IfD-Umfrage 13021

© IfD-Allensbach

Bürokratietreiber

Frage: "Was meinen Sie: Warum gibt es in Deutschland so viel Bürokratie? Bitte sagen Sie es mir nach dieser Liste."

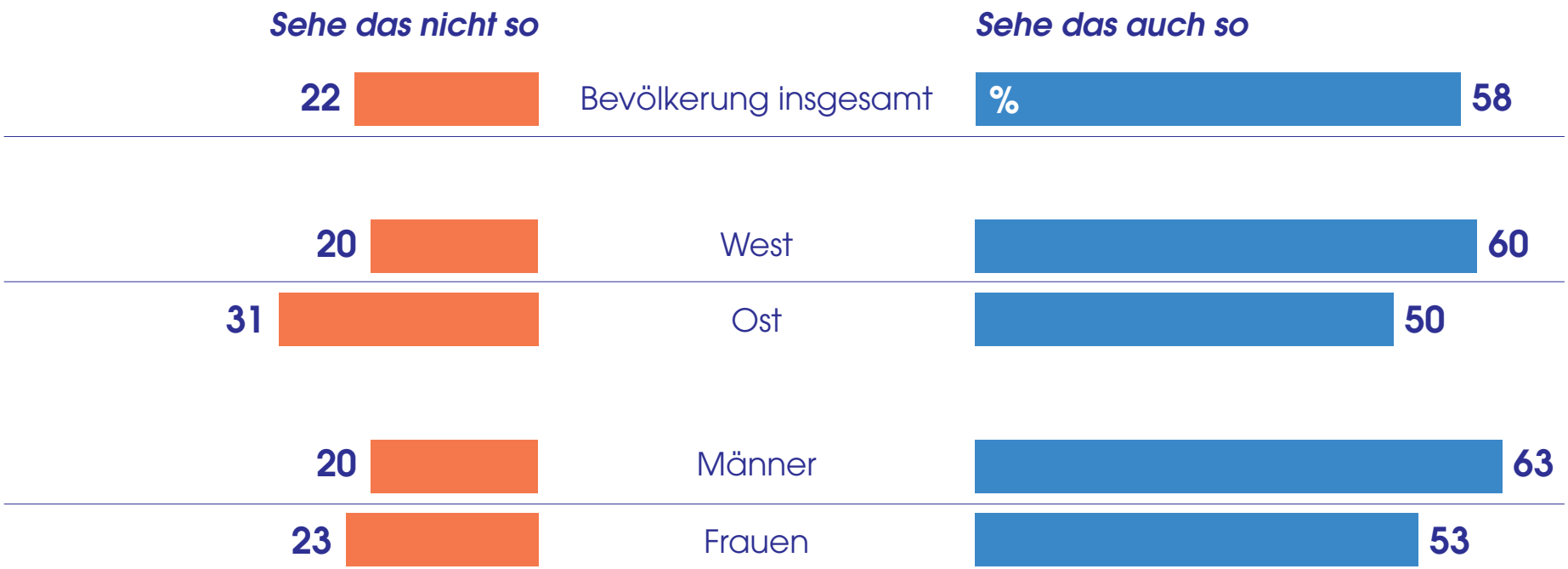


Basis: Bundesrepublik Deutschland, Bevölkerung ab 16 Jahre
Quelle: Allensbacher Archiv, IfD-Umfrage 13021

© IfD-Allensbach

Selbstkritik

"Wir Bürger haben uns in den letzten Jahren zu sehr darauf verlassen, dass der Staat sich um alles kümmert und uns unterstützt. Wir müssen wieder stärker Eigenverantwortung übernehmen."



Basis: Bundesrepublik Deutschland, Bevölkerung ab 16 Jahre
Quelle: Allensbacher Archiv, IfD-Umfrage 13021

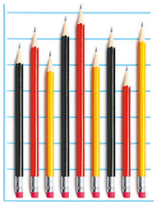
© IfD-Allensbach

Veröffentlichung in der
Frankfurter Allgemeinen Zeitung Nr. 168
vom 23. Juli 2026, S. 8, unter dem Titel:

"Reguliert der Staat zu viel? Viele Deutsche meinen, es werde zu sehr in die persönliche Freiheit eingegriffen. Selbst fühlen sich die meisten aber nicht betroffen."

DEUTSCHE FRAGEN – DEUTSCHE ANTWORTEN

Reguliert der Staat zu viel?



Viele Deutsche meinen, es werde zu sehr in die persönliche Freiheit eingegriffen. Selbst fühlen sich die meisten aber nicht betroffen.

Von Prof. Dr. Renate Köcher, Institut für Demoskopie Allensbach

Vor gut 50 Jahren warnte der Soziologe Helmut Schelsky in seinem berühmten Vortrag über den selbständigen und den betreuten Menschen: „Der Wohlfahrtsstaat als Schutz der sozial Schwachen wird unversehens sehr bald zum planstaatlich-bürokratischen Vormundschaftsstaat und bleibt es." Er war überzeugt, dass die staatlich organisierte Solidarität in eine Herrschaft der Betreuer umschlägt, in unterschiedlichster Form, sei es als Wohlfahrts- oder Erziehungsdiktatur, als Funktionärsherrschaft oder Meinungsmanipulation. Dabei ging es Schelsky nicht um eine grundsätzliche Attacke auf den Sozialstaat, sondern um die Sorge, dass die Organisation von Schutzansprüchen durch den Staat eine Eigendynamik entfaltet, bei der die Zuständigkeit des Staates mit den besten Absichten immer mehr ausgeweitet und zu wenig gegen individuelle Freiheit und Verantwortung abgewogen wird.

Die große Mehrheit geht mittlerweile davon aus, dass die staatliche Regulierung kontinuierlich zunimmt. Vor einem Jahrzehnt hatte knapp die Hälfte der Bürger den Eindruck, dass der Staat immer stärker in die persönliche Freiheit der Bürger eingreift und immer mehr regelt, heute bereits 65 Prozent. Staatliche Regulierung wird nicht generell kritisch gesehen, aber die meisten sind mittlerweile überzeugt, dass das vernünftige Maß überschritten ist und zu viel reguliert wird. Auch diese Bilanz ist über die letzten Jahre kritischer geworden.

Die heutige Ausrichtung der Politik wird von der großen Mehrheit so wahrgenommen, dass sie sich nicht an dem Leitbild des selbständigen Menschen orientiert. 67 Prozent nehmen die politische Grundlinie als Bemühung um möglichst viel Regulierung wahr; nur elf Prozent haben den Eindruck, dass es vor allem darum geht, Selbständigkeit und Freiräume zu wahren und zu fördern.

Die Präferenzen der Bürger sind andere. Nur zwölf Prozent ziehen einen Staat, der viel regelt und Vorgaben macht, grundsätzlich einem Staat vor, der auf möglichst viel Eigenverantwortung und individuelle Spielräume setzt. Die Mehrheit ist überzeugt, dass ein Staat, der auf Eigenverantwortung und Freiräume setzt, dynamischer und reformfähiger ist, auch wirtschaftlich erfolgreicher. 55 Prozent trauen wirtschaftlichen Erfolg eher einem Staat zu, der sich bei der Regulierung zurückhält, nur 15 Prozent einem Staat, der darauf setzt, möglichst viel zu regeln.

Anders ist dies in Bezug auf die Verwirklichung von sozialer Gerechtigkeit: Auch hier traut zwar eine relative Mehrheit dem Staat, der auf möglichst viel Regulierung setzt, mehr zu, aber nur knapp: 37 Prozent vertreten diese Position, während 33 Prozent überzeugt sind, dass möglichst viele staatliche Eingriffe eher soziale Gerechtigkeit befördern.

Eindeutiger ist für die Bevölkerung der Zusammenhang zwischen Regulierung und Bürokratie. Die Mehrheit ist überzeugt, dass die staatliche Ausrichtung auf möglichst viel Regulierung eine der Hauptursachen der überbordenden Bürokratie ist – und die meisten haben auch keine Hoffnung, dass sich daran etwas ändert. 77 Prozent gehen davon aus, dass immer neue Vorgaben dazukommen und kaum etwas reduziert wird; 71 Prozent vermissen die Courage, Bürokratie ernsthaft zu Leibe zu rücken; zwei Drittel unterstellen der staatlichen Verwaltung, dass sie überhaupt kein Interesse hat, Bürokratie abzubauen.

Auch die Vorgaben der europäischen Ebene und die zumindest bisher ausgeprägte deutsche Neigung, diese Vorgaben überzuerfüllen, gelten als Bürokratietreiber, wie auch unklare Zuständigkeiten der verschiedenen politischen Ebenen. Aber auch Verbände und die unterschiedlichsten Lobbygruppen, die auf die Durchsetzung ihrer Interessen pochen, gelten als mitverantwortlich für die überbordende Bürokratie. Dagegen lässt die große Mehrheit nicht gelten, was oft als Begründung für Regulierung und bürokratische Verfahren angeführt wird: dass sie vor allem von Schutzinteressen der Bevölkerung, der Eindämmung von Risiken und dem Streben nach Gerechtigkeit angetrieben wird.

Die Einschätzung der Bürger zeigt einen ausgeprägten Pessimismus, ob es tatsächlich zum Abbau von Regulierung und Bürokratie kommen wird – aus Mangel an Konsequenz und Mut, aufgrund von Widerständen in der Verwaltung und nicht zuletzt der aktiven europäischen Bürokratisierungsindustrie, die der nationalen Kontrolle weitgehend entzogen ist.

Gleichzeitig sieht die überwältigende Mehrheit den Abbau von Bürokratie, die Modernisierung der Verwaltung und die Beschleunigung von Genehmigungsverfahren als wichtige Voraussetzungen für die Stärkung des Standortes und die Belebung der Wirtschaft. Das Anwachsen des staatlichen Sektors wird als schädlich für die Wirtschaft und das ganze Land angesehen. So ist die überwältigende Mehrheit überzeugt, dass die wachsende Anzahl der Beschäftigten im öffentlichen Dienst der Wirtschaft schadet; lediglich fünf Prozent glauben, dass diese Entwicklung das Land voranbringt.

Auch die Krisen der vergangenen Jahre haben dazu beigetragen, dass die Politik zunehmend versucht, die Bevölkerung gegen alle Arten von Risiken zu schützen oder zumindest deren Folgen zu kompensieren, seien es Beschäftigungsrisiken während der Pandemie, steigende Lebenshaltungskosten durch Inflation, Verteuerungen von Energie wie nach Ausbruch des Irankrieges oder auch die Folgen des Strukturwandels in der Wirtschaft und die Verschärfung des internationalen Wettbewerbs.

Die Bemühungen der Politik finden hier breite Zustimmung, wie auch allgemein Maßnahmen, die vielen nutzen. So wurde die Rente mit 63, die die Rentenkassen erheblich belastet, mit breiter Zustimmung wieder eingeführt, auch wenn es keineswegs von Seiten der Bevölkerung die Erwartung oder gar Druck gab, dies zu tun. Und obwohl der überwältigenden Mehrheit die kritische Lage der Staatsfinanzen bewusst ist, finden Sparmaßnahmen nur begrenzt Unterstützung und primär, wenn sie andere betreffen. Auch Projekte, die zu Mindereinnahmen oder höheren Ausgaben führen, wie die Steuerbefreiung von Überstundenzuschlägen, die Einführung der Frühstart-Rente oder die Erhöhung der Mütterrente, wurden von breiten Mehrheiten zwischen 65 und 80 Prozent unterstützt.

So sehr die meisten überzeugt sind, dass der Staat immer mehr eingreift und damit individuelle Freiheitsspielräume, wirtschaftliche Erfolgschancen und die politische und gesellschaftliche Anpassungsfähigkeit vermindert, so verführerisch sind die staatlichen Absicherungsangebote und Versprechen. Auch fühlen sich die meisten persönlich durch den Staat nicht gravierend in ihrer Freiheit beschränkt, obwohl die Mehrheit den Vorwurf erhebt, dass er mittlerweile zu stark in das individuelle Leben eingreift. Anhand einer elfstufigen Skala von null (vollkommen unfrei) bis zehn (vollkommen frei) nach dem subjektiven Freiheitsgefühl befragt, wählen zwei Drittel hohe Skalenstufen zwischen sieben und zehn, nur sieben Prozent niedrige zwischen null und vier.

Die überwältigende Mehrheit fühlt sich bei vielen Entscheidungen frei, ob in Bezug auf politische Präferenzen und Wahlen, Mobilität, die Entscheidung über den Wohnort, die Altersvorsorge oder die Absicherung für den Krankheitsfall. Gerade das letzte Beispiel zeigt, dass die Einengung von Freiheitsspielräumen teilweise oft nicht so empfunden wird: Die Absicherung für den Krankheitsfall wie die Alterssicherung gehören zu den weitgehend regulierten Bereichen, wenn auch mit begrenzten individuellen Spielräumen. Auch in Bezug auf die Absicherung gegen Arbeitslosigkeit fühlt sich gut jeder Zweite frei.

Das gilt weniger für die tägliche Arbeitszeit und vor allem für die Lebensarbeitszeit. Ersteres wird nicht nur von staatlichen Vorgaben, sondern auch von betrieblichen Erfordernissen und Tarifverträgen eingeschränkt; dabei ist bemerkenswert, dass die aktuelle Auseinandersetzung um eine Flexibilisierung der Tages- und Wochenarbeitszeit an den Präferenzen der meisten Erwerbstätigen vorbeigeht: Die Ablösung des Achtstundentags wird von der Mehrheit keineswegs als gegen ihre Interessen gerichtet bewertet – ein Beispiel dafür, dass Interessenvertretungen teilweise die Rolle des erzieherischen Betreuers wahrnehmen, die Schelsky so gefürchtet hat, und selbst definieren, was dem Schutz der von ihnen Vertretenen dient.

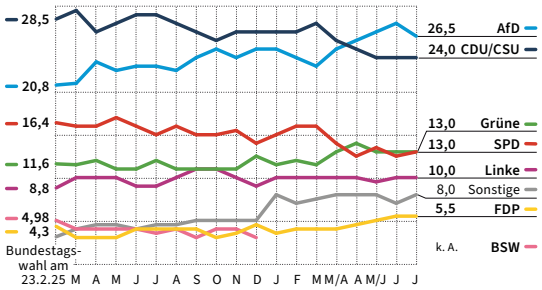
In Bezug auf die Lebensarbeitszeit wünscht sich die große Mehrheit generell weniger Regulierung und mehr optionale Lösungen. Nur 20 Prozent halten eine umfassende Regulierung der Lebensarbeitszeit für richtig, 26 Prozent die der Altersvorsorge oder auch die der Nutzung sozialer Medien, während Daten- und Verbraucherschutz, die Regulierung der Schulpflicht und teilweise auch von Berufsabschlüssen als sinnvolle und wichtige Felder staatlicher Regulierung gesehen werden.

Am wenigsten gilt dies für Bereiche, in denen staatliche Interventionen in den letzten Jahren für erhebliche Verunsicherung gesorgt haben, wie die Heizungspolitik und planwirtschaftliche Vorgaben für die Mobilitätsentwicklung: Nur zehn Prozent finden eine staatliche Regulierung im Heizungssektor gut, neun Prozent in Bezug auf Vorgaben für Antriebstechnologien. Es sind weniger die Ziele, die in der Diskussion stehen, als die politische Umsetzung.

Insgesamt geht die zunehmende Kritik, dass der Staat immer mehr ausgreift, jedoch nicht in erster Linie auf das Empfinden zurück, dass eigene Freiheitsspielräume gravierend eingeschränkt werden; so fühlen sich auch heute annähernd 80 Prozent der Bevölkerung frei, über die Antriebsart ihres Pkws zu entscheiden. Es ist vielmehr die Wahrnehmung, dass das Land insgesamt zurückfällt, schwerfällig geworden ist und sich durch die zunehmende Regulierung Zukunftschancen verbaut.

Die Stärke der Parteien

Wenn schon am nächsten Sonntag Bundestagswahl wäre, welche Partei würden Sie wählen? (Zweitstimmenergebnisse in Prozent)

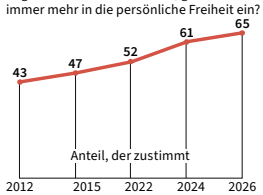


Quelle: Institut für Demoskopie Allensbach, jüngste Umfrage: 3.–16.7.2026, 1040 Befragte / F.A.Z.-Grafik fbr.

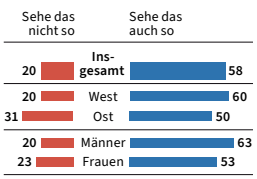
Der Staat greift zu viel ein

Angaben in Prozent

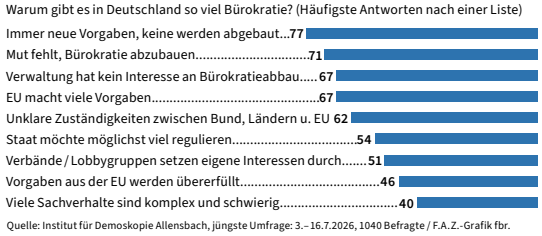
Regelt der Staat immer mehr, greift er immer mehr in die persönliche Freiheit ein?



Haben wir uns zu sehr darauf verlassen, dass sich der Staat um alles kümmert?



Warum gibt es in Deutschland so viel Bürokratie? (Häufigste Antworten nach einer Liste)



Quelle: Institut für Demoskopie Allensbach, jüngste Umfrage: 3.–16.7.2026, 1040 Befragte / F.A.Z.-Grafik fbr.